
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 29. Nov. 1981

**Analyse de la votation fédérale du 29 nov. 1981*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Finanzordnung	69 %	31 %
	Stimmbeteiligung 30 %	

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 1981/ Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französi- schen Schweiz	3
1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merk- malsgruppen	3
2 Die Entscheidungsmotive	4
3 Ansichten und Meinungen zum Problem Bundesfinanzen	7
4 Beachtung und Einschätzung des Bundesbüechli	17
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	21
*Récapitulation des résultats principaux	23

Die effektiven Abstimmungsergebnisse

	Finanzordnung (Ja in %)
CH	69.0
ZH	74.0
BE	69.3
LU	67.2
UR	64.4
SZ	59.1
OW	56.6
NW	69.3
GL	66.6
ZG	67.7
FR	70.4
SO	63.7
BS	70.6
BL	66.4
SH	68.5
AR	63.4
AI	65.2
SG	67.1
GR	73.7
AG	65.2
TG	67.3
TI	72.0
VD	69.3
VS	57.5
NE	64.2
GE	69.6
JU	58.9

Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 29. November 1981

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und
französischen Schweiz

Eine seltene Homogenität des Abstimmungsergebnisses auf gesamtschweizerischer Ebene stellten die Kommentatoren in der Presse nach dem Abstimmungssonntag vom 29. November 1981 fest. Der Souverän sei mit der Politik der kleinen Schritte einverstanden.

Fiel der Entscheid bei näherer Untersuchung wirklich durchwegs einheitlich aus oder lassen sich einzelne abweichende Merkmalsgruppen identifizieren, die – wenn auch nicht Nein – so doch nur mit einer gewissen Reserve Ja stimmten? Diese Abstimmung war im Rahmen der kontinuierlichen "Bastelei" an den Bundesfinanzen nur eine Etappe. Wie liegen die Präferenzen der Befragten hinsichtlich weiterer Schritte im Bereich von Einnahmen und Ausgaben des Bundes?

Seit etwa vier Jahren enthält die amtliche Informationsbroschüre auch Erläuterungen und ist in Darstellung und Grafik sukzessive verbessert worden. Wie sich der Beachtungsgrad dieser Broschüre entwickelt hat, bzw. auf welchem Stand er sich heute befindet und wie diese eingeschätzt wird, sollen einige Zusatzfragen zu diesem Bereich der Abstimmungsinformation erhellen.

1) Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Vorerst untersuchten wir, ob sich das Bild der Homogenität des Abstimmungsverhaltens bei der Differenzierung nach den einzelnen Merkmalen der Befragten auflöse. Mit andern Worten: Lassen sich Einflüsse bestimmter Merkmale auf das Stimmverhalten nachweisen und wenn ja, welcher Art und Richtung waren sie? Wie üblich haben wir mittels Chi-Quadrat-Tests untersucht, ob solche Beziehungen zwischen Merkmalen und Stimmverhalten bestehen. In Tabelle 1 sind nicht nur die Stimmenverhältnisse aller Merkmalsgruppen enthalten, wobei festzuhalten ist, dass die bei der Befragung verweigerten Antworten im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt wurden (bei allen Merkmalsgruppen mit Ausnahme der Romands und politisch schwach Integrierten weniger als 10%). Aus derselben Tabelle ist auch ersichtlich, ob die einzelnen Merkmale das Stimmverhalten signifikant beeinflusst haben. Trifft dies zu, so ist das Signifikanzniveau angegeben. Wir betrachten jene Beziehungen als signifikant, die mindestens das Signifikanzniveau 0.1 aufweisen. Je kleiner die Zahl für das Signifikanzniveau, desto stärker die Beziehung zwischen den beiden Variablen.

Ein Blick auf Tabelle 1 bestätigt das Bild der Homogenität. Lediglich bei zwei Merkmalen zeigt sich ein Einfluss auf das Stimmverhalten. Den stärksten Einfluss übte die politische Integration der Befragten aus: Je höher diese ist, desto grösser fiel die Zustimmung zur Finanzordnung aus. Zieht man die Tatsache in Betracht, dass unsere Stichprobe die Vorlage um 11% zu hoch annimmt, und die Ja-Anteile der einzelnen Merkmalsgruppen somit auch überhöht sind, dann kann festgehalten werden, dass die politisch schwach Integrierten die Vorlage nur knapp angenommen (eventuell sogar knapp abgelehnt) haben. Sie bilden die einzige Gruppe, die aus dem Rahmen des einheitlichen Stimmverhaltens fällt.

Die zweite Beziehung, die sich gemäss unseren Daten als signifikant erweist, muss an dieser Stelle etwas relativiert werden. Die Sprachgruppenzugehörigkeit dürfte in Wirklichkeit eine geringere Rolle gespielt haben, als aus Tabelle 1 hervorgeht. Die kantonalen Abstimmungsresultate auf Seite 1 zeigen nämlich, dass die zwei bevölkerungsreichsten Westschweizer Kantone bezüglich ihrer Ja-Anteile dem gesamtschweizerischen Durchschnitt entsprechen, während beispielsweise auch einige Deutschschweizer Kantone unter dem Durchschnitt liegen. Aufgrund dieser Gegenüberstellung neigen wir zur Ansicht, dass die Romands eine geringere Tendenz haben, ihre Angaben anlässlich der Nachbefragung dem "Sieger" anzupassen. Zweitens kann hier auch die Antwortverweigerung von 14% der Romands eine Rolle spielen, erklärt uns aber nicht das zu hohe Ja-Niveau der Deutschschweiz.

Wie sich in den Resultaten der Sympathisanten der vier Bundesratsparteien zeigt, wurden die Ja-Parolen befolgt. Die LdU-Sympathisanten hingegen haben der Nein-Parole ihrer Partei nicht Folge geleistet. Im Gegenteil: Auch sie stimmten der Vorlage massiv zu. Noch eine Bemerkung zum Alter der Befragten. Dieses übte zwar keinen signifikanten Einfluss auf das Stimmverhalten aus, doch zeigt sich ein leichter Trend in folgendem Sinne: je höher das Alter, desto grösser die – an sich schon klare – Zustimmung zur Finanzordnung.

Abschliessend lässt sich das Stimmverhalten wie folgt charakterisieren: es gab keine (echten) Konfliktfronten, da alle Merkmalsgruppen Ja stimmten. Die Zustimmung war einhellig.

2) *Entscheidungsmotive*

Die Frage nach den Gründen der Annahme bzw. Ablehnung der Weiterführung der Finanzordnung/Verbesserung des Bundeshaushalts brachte erwartungsgemäss keine sensationellen Ergebnisse zu Tage.

Bei den *Befürwortern* dominieren zwei Motive. Diese eher stereotypen Antworten sind immer etwa gleich bei Finanzabstimmungen, die keine echten Neuerungen bringen. So war das Gewicht dieser Argumente auch bei den Befürwortern des Sparpakets vor Jahresfrist etwa gleich¹. Wichtigstes Ja-Motiv für die Verlängerung

1 Vgl. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung v. 30. Nov. 1980, S. 12

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über die Finanzordnung

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in Prozenten		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifikant	
		Ja	Nein	Signifikanzniveau	
Geschlecht	Frauen	79	21	nein	
	Männer	80	20		
Alter	20–39jährige	75	25	nein	
	40–64jährige	79	21		
	65–84jährige	87	13		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	82	18	ja	0.05
	Westschweiz	70	30		
Stadt/Land	Stadt	83	17	nein	
	Land	77	23		
Konfession	Katholiken	83	17	nein	
	Reformierte	80	20		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	86	14	nein	
	Nicht leitende Angestellte/Beamte	83	17		
	Landwirte	72	28		
	Arbeiter	78	22		
Bildung	Primarschule	79	21	nein	
	Sekundarschule	77	23		
	Berufs-, Gewerbeschule	78	22		
	Gymnasium, Technikum	90	10		
	Uni	85	15		
Parteisympathie	CVP	86	14	nein	
	FdP	84	16		
	SP	85	15		
	SVP	75	25		
	LdU	100			
	Keine	77	23		
Pol. Integration ¹	Hoch	88	12	ja	0.01
	Mittel	78	22		
	Tief	59	41		
Stichprobe effektives Abstimmungsresultat		80	20		
		69	31		

¹ Zum Begriff der "politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

der Finanzordnung war mit 34 Prozent der Nennungen die Feststellung, der Bund brauche Geld, er brauche es um seine Aufgaben erfüllen zu können. Weitere 30 Prozent der Befürworter dachten eher an die Sanierung der Bundesfinanzen als an die Weiterführung der Finanzordnung. Als Zustimmung zur bundesrätlichen Politik, insbesondere als Vertrauensbeweis für den Finanzminister Ritschard sahen 6 Prozent ihr Ja. Einen direkt auf die Steuern bezogenen Punkt, nämlich die Entlastung bei der Wehrsteuer, gaben nur 5 Prozent der Ja-Sager an.

Tabelle 2 Entscheidungsmotive – Finanzordnung

Motiv	% der Nennungen
<i>Ja-Motive</i>	
– Bund braucht Geld / muss seine Aufgaben erfüllen können	34
– Bundesfinanzen sanieren / Defizit senken	30
– Willi Ritschard nicht im Stich lassen / Habe Ritschard gehört	6
– Entlastung bei der WEST / kalte Progression abgebaut	5
– kleinstes Übel / keine andere Wahl	4
– Kompromiss / Jeder muss seinen Beitrag leisten	3
Undifferenziert / Weiss nicht	15
<i>Nein-Motive</i>	
– Zuerst richtig sparen / Gegen mehr Steuern	46
– WUST-Erhöhung ist unsozial / trifft die Kleinen	14
– Bundesrat macht sowieso was er will / Ohnmachtsgefühle allgemein	9
– bei der Armee sparen	7
– Geld anderswo holen / Banken, Reiche, Schwerverkehr stärker besteuern / Steuerhinterzieher zur Kasse bitten	5
– wiederholte Abstimmung	3
Undifferenziert / Weiss nicht	7

Bei den *Gegnern* der Vorlage dominiert ein einziges Entscheidungsmotiv. 46 Prozent von ihnen stimmten Nein, weil sie der Meinung sind, von seiten des Bundes werde nicht genug gespart. Sie hielten auch bei der hier untersuchten Abstimmung das Motto "Sparen vor Steuern" hoch. Das "linke Nein" repräsentieren jene 3 Kategorien, die von zusammen 26 Prozent der Gegner vorgebracht wurden: Es umfasst jene, die fanden, eine WUST-Erhöhung sei unsozial, jene, die explizit bei der Armee sparen möchten sowie jene, die das Geld bei den Reichen, bei den Banken und bei den Steuerhinterziehern holen möchten. Diese drei Kategorien sind – ausser bei den SP-Sympathisanten – auch bei den Romands überrepräsentiert.

3) Ansichten und Meinungen zum Problem Bundesfinanzen

Interessanter als die Entscheidungsmotive sind die Ansichten und Meinungen der Befragten zu spezifischen Fragen betreffend die weitere Entwicklung der Bundesfinanzen. Vorab wollten wir in Erfahrung bringen, wie die Kenntnis der Befragten in bezug auf den Schuldenberg und den darauf basierenden Zinsendienst des Bundes ist. Dazu legten wir ihnen 5 bzw. 6 Antwortkategorien möglicher Beträge vor. Ein Fünftel der Interviewten konnte, was den Schuldenberg anbetrifft, die richtige Antwort geben, wie Tabelle 3 zeigt. Die Bundesschulden belaufen sich nämlich auf etwa 20 Milliarden Franken. Generell gilt hier: Die aufgelaufenen Schulden des Bundes werden unterschätzt; nur gerade 6 Prozent der Befragten glauben, diese betragen etwa 25 Milliarden, überschätzen sie also. Dagegen hat jeder Dritte keine Ahnung, wie hoch sie sind. Eine Differenzierung nach einzelnen Gruppen ergab hier insofern wenig, als die Unterschiede bezüglich der konkreten Antwortkategorien nicht besonders gross sind. Bedeutendere Unterschiede zeigen sich bei der Kategorie "weiss nicht": Von den politisch schwach Integrierten (58%), Romands (49%),

Tabelle 3 Kenntnis von Schuldenberg und jährlichem Zinsendienst des Bundes

Frage	Nennungen in %
"Das Defizit des Bundes betrug im Jahre 1980 1.1 Milliarden, also 1'100 Millionen Franken. Durch die neue Finanzordnung wird der Bundeshaushalt um 310 Millionen, also etwa um einen Drittel des Defizitbetrages verbessert."	
"Würden Sie mir anhand dieser Karte sagen, wie hoch der Schuldenberg des Bundes, also die in den letzten Jahren angefallenen Defizite zusammen heute etwa ist?"	
– etwa 5 Milliarden / 5'000 Millionen Franken	10
– etwa 10 Milliarden / 10'000 Millionen Franken	14
– etwa 15 Milliarden / 15'000 Millionen Franken	17
– etwa 20 Milliarden / 20'000 Millionen Franken	21
– etwa 25 Milliarden / 25'000 Millionen Franken	6
– weiss nicht	33
"Wie hoch ist etwa der Aufwand, den der Bund jährlich für die Verzinsung dieser Schuld zahlen muss?"	
– 500 – 600 Millionen Franken	12
– 600 – 700 Millionen Franken	8
– 700 – 800 Millionen Franken	8
– 800 – 900 Millionen Franken	8
– 900 – 1000 Millionen Franken / 1 Milliarde Franken	16
– mehr als 1 Milliarde Franken	11
– weiss nicht	39

Frauen (43%) und Primarschulabsolventen (42%) konnten überdurchschnittlich viele keine Antwort geben. Den Zinsendienst können 39 Prozent der Interwieten nicht quantifizieren. Nur 16 Prozent von ihnen können ihn richtig, d.h. zwischen 900 Millionen und 1 Milliarde situieren. Auch hier gilt – für jene, die überhaupt antworteten –: der Betrag wird mehrheitlich unterschätzt. Die bereits oben erwähnten Merkmalsgruppen Romands (62%), politisch schwach Integrierte (60%) und Primarschulabsolventen (53%) haben hier mehrheitlich keine Ahnung von der Höhe des jährlichen Zinsendienstes.

Um herauszufinden, welche möglichen *Mehreinnahmen* in der Gunst der Befragten stehen und welche nicht, legten wir den Befragten zunächst eine Liste mit sechs möglichen direkten und indirekten Steuerarten vor. Ein jeder konnte sich mit diesen “voll einverstanden”, “einigermassen einverstanden”, “eher nicht einverstanden” oder “überhaupt nicht einverstanden” erklären. Tabelle 4 bringt diese Einnahmearten und die Antworten für die Gesamtheit der Befragten sowie getrennt für jene Urnengänger, die die Vorlage angenommen haben und jene, die sie abgelehnt haben. Gleich vorweg die Synthese aus dieser Tabelle: Eine Erhöhung der Wehrsteuer für natürliche Personen, die alle Einkommensklassen betreffen würde (A) kommt für praktisch zwei Drittel der Befragten überhaupt nicht in Frage. Mit einer Erhöhung der direkten Steuern für juristische Personen, besonders Banken, Genossenschaften und Versicherungen, ist eine Mehrheit einverstanden. Noch deutlicher ist jedoch das Einverständnis mit einer zusätzlichen fiskalischen Belastung des Strassenverkehrs (F): Über die Hälfte der Befragten ist voll damit einverstanden, dass der Bund beim Strassenverkehr mehr Geld holen sollte. Diese Option ist sehr populär (und steht in ausgiebiger öffentlicher und parlamentarischer Diskussion). In diesem Zusammenhang interessiert natürlich die Frage, wie Autofahrer zur zusätzlichen Belastung des Strassenverkehrs stehen. Leider können wir diese nicht abschliessend beantworten, haben wir doch nur den Sachverhalt erhoben, ob im Haushalt der Befragten ein Auto vorhanden sei. Ausgehend von diesen Angaben stellten wir fest, dass auch jene, für die dies zutrifft, mehrheitlich für diese Möglichkeit sind, wenn auch etwas weniger enthusiastisch. Im folgenden werden noch die vom Durchschnitt nennenswert abweichenden Merkmalsgruppen aufgeführt, wobei gleich gesagt werden muss, dass keine einzige eine grundsätzlich andere Position (eine solche wäre gegeben, wenn die Gesamtheit einverstanden wäre, die betrachtete Merkmalsgruppe dagegen nicht einverstanden oder umgekehrt) einnimmt.

- | | |
|--|---|
| (A) WEST für nat. Personen | unterdurchschnittlich nicht einverstanden: Uni-Absolventen
überdurchschnittlich nicht einverstanden: Gegner der Finanzordnung |
| (B) dir. Steuern d. Industrie- und Handelsunternehmungen | überdurchschnittlich einverstanden: Romands, Arbeiter, Primarschulabsolv., SP-Sympathisanten
unterdurchschnittlich einverstanden: Landwirte, Gegner der Finanzordnung (FdP-, SVP-Sympathisanten) |

Tabelle 4 Wie sollen Defizite und Schuldenberg verringert bzw. abgetragen werden, nachdem sich gezeigt hat, dass die Sparmassnahmen des Bundes beinahe erschöpft sind?

Steuerart	Total					Urnenwähler Stimmverhalten														
						Ja					Nein									
	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5					
A Die direkten Steuern für natürliche Personen also die Wehrsteuer, die wir (alle) von unserem Einkommen zahlen, sollte erhöht werden.	4	9	17	65	5	6	13	21	59	2						2	2	15	80	2
B Die direkten Steuern auf Kapital und Gewinn der Industrie- + Handelsunternehmen sollten erhöht werden.	34	32	11	14	8	38	33	12	13	5						32	31	9	22	7
C Die direkten Steuern auf Kapital und Gewinn der Banken (nicht gleichbedeutend mit Bankkundensteuer) sollten erhöht werden.	44	25	10	11	10	49	22	12	11	6						32	25	12	20	10
D Die direkten Steuern auf Kapital und Gewinn der Versicherungen sollten erhöht werden.	44	19	14	13	11	53	18	15	8	6						36	24	17	17	7
E Die direkten Steuern der Genossenschaften wie MIGROS und COOP sollten erhöht werden.	45	21	14	13	8	50	23	16	8	4						51	22	12	12	3
F Der Bund soll beim Strassenverkehr mehr Geld holen, also z.B. durch Autobahngeld, Schwerverkehrssteuer, Tunnelgebühren etc.	53	20	8	15	4	57	21	11	11	1						44	20	10	22	3

- 1 = voll einverstanden
- 2 = einigermaßen einverstanden
- 3 = eher nicht einverstanden
- 4 = überhaupt nicht einverstanden
- 5 = keine Meinung

Nennungen in Prozenten

- | | |
|--------------------------------------|--|
| (C) dir. Steuern d. Banken | überdurchschnittlich einverstanden: SP-Sympathisanten
unterdurchschnittlich einverstanden: SVP-Sympathisanten, Gegner der Finanzordnung |
| (D) dir. Steuern d. Versicherungen | überdurchschnittlich einverstanden: SVP-, SP-Sympathisanten, Befürworter der Finanzordnung
unterdurchschnittlich einverstanden: CVP-Sympathisanten, Gegner der Finanzordnung |
| (E) dir. Steuern d. Genossenschaften | überdurchschnittlich einverstanden: SVP-Sympathisanten, Selbständigerwerbende, Landbewohner
unterdurchschnittlich einverstanden: SP-, LdU-Sympathisanten, Arbeiter, Stadtbewohner, Uni-Absolventen |
| (F) Geld vom Strassenverkehr | überdurchschnittlich einverstanden: CVP-, SVP-, FdP-Sympathisanten, Befürworter der Finanzordnung, Absolventen von Gym., Tech. und Uni, 65–84jährige, politisch hoch Integrierte
unterdurchschnittlich einverstanden: Romands, Gegner der Finanzordnung, 20 bis 39jährige |

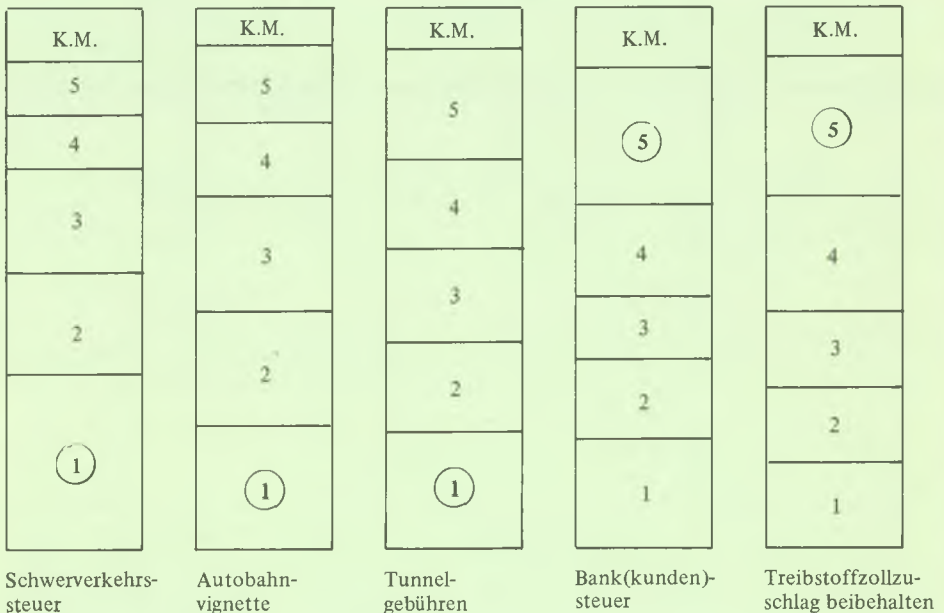
Versuchen wir, diese Liste zu interpretieren: Bei den Gegnern der Finanzordnung handelt es sich grösstenteils um den "harten Kern" derjenigen, die dem Staat so wenig Geld wie möglich zugestehen wollen. Trotzdem würde auch von ihnen eine Mehrheit Mehreinnahmen der Typen B, C, D, E und F akzeptieren (wie Tabelle 4 schon zeigte). Die Tatsache, dass die SP-Anhänger oben beim Strassenverkehr fehlen, erstaunt zunächst. Wir stellten aber fest, dass es sich um eine Frage von Prioritäten handelt: Für die SP-Sympathisanten steht von den in Tabelle 4 enthaltenen Möglichkeiten C, die stärkere Besteuerung der Banken, im Vordergrund. Für die Anhänger der bürgerlichen Parteien dagegen – wie für die Gesamtheit der Befragten – die Belastung des Strassenverkehrs.

Wie liegen die Präferenzen bezüglich einiger konkreter Möglichkeiten von Strassenverkehrsabgaben? Wir haben den Interviewten eine Liste mit 5 möglichen, in der Öffentlichkeit diskutierten Steuerarten vorgelegt. 4 von diesen betreffen den Strassenverkehr, die fünfte ist die Bankkundensteuer. Diese 5 Möglichkeiten mussten in eine Prioritäts-Rangfolge gebracht werden (wichtigste Möglichkeit = 1, zweitwichtigste = 2 usw.). Tabelle 5 enthält die Resultate. Für jede Steuerart wurde das arithmetische Mittel berechnet, auf dem die Reihenfolge basiert, in der die fünf Möglichkeiten angeordnet sind. Am populärsten ist die Schwerverkehrssteuer, am wenigsten populär hingegen die Beibehaltung des Treibstoffzollzuschlags, nachdem die Autobahnen bezahlt sein werden. Die Abstände zwischen den Rängen werden nach unten immer etwas kleiner. Wir hatten vor Jahresfrist eine ähnliche Frage ge-

stellt, allerdings mit z.T. andern Steuerarten². So stellen wir fest, dass die Schwerkverkehrssteuer heute als wichtiger bezeichnet wird, die Autobahnvignette als etwas weniger wichtig, sodass jene diese in der Gunst der Befragten überholt hat. Da das

Tabelle 5 Die Priorität neuer Einnahmequellen

Steuerart	arithmetisches Mittel	Rang gemäss arithmetischem Mittel	häufigster Wert (in Klammern % der Nennungen)		
			Total	deutsche Schweiz	Westschweiz
Schwerkverkehrssteuer	2.40	1	①(33)	1 (39)	3 (21)
Autobahnvignette	2.70	2	①(24)	1 (27)	5 (24)
Tunnelgebühren	2.93	3	①(23)	1 (25)	5 (28)
Bank(kunden)steuer	3.13	4	⑤(25)	5 (28)	1 (34)
Treibstoffzollzuschlag beibehalten auch wenn Autobahnen bezahlt sind	3.28	5	⑤(25)	5 (23)	5 (29)



1 = am wichtigsten →...→

5 = am wenigsten wichtig

K.M. = keine Meinung

2 Vgl. a.a.O., S. 15f.

arithmetische Mittel nichts über die Umstrittenheit aussagt, haben wir wieder die Häufigkeit aller Prioritätsstufen für alle Steuerarten in einem Balkendiagramm festgehalten (Häufigkeit einer Prioritätsstufe = Grösse des entsprechenden Balkensegments). Ferner haben wir auch den jeweils am häufigsten genannten Wert rechts in der Tabelle 5 aufgeführt. Man sieht, dass bei den drei ersten Steuerarten jeweils die Prioritätsstufe 1 am häufigsten genannt wurde. Dies soll allerdings zu keinen Fehlschlüssen verleiten, denn Autobahnvignette und Tunnelgebühren sind nicht unumstritten. Letzteres gilt übrigens auch für die Bankkundensteuer und findet in den eher gleichmässig verteilten Balkensegmenten seinen Ausdruck. Stützt man sich auf die jeweils am häufigsten genannten Prioritätsstufen, so erkennt man einen Bruch zwischen den ersten drei Möglichkeiten (Stufe 1) und den letzten zwei (Stufe 5). Diese sind ziemlich unpopulär, jene alle relativ populär.

Wie schon letztes Jahr verursachte auch heuer das Merkmal Sprachgruppenzugehörigkeit grosse Abweichungen und ist wesentlich mitverantwortlich für die Umstrittenheit einzelner Steuerarten. Deshalb ist in Tabelle 5 auch eine entsprechende Differenzierung vorgenommen worden. Immer noch wollen die Westschweizer neue Einnahmen primär nicht dem Strassenverkehr auferlegen. Für sie rangiert ganz eindeutig die Bankkundensteuer an der Spitze. Eine Aufstellung soll zeigen, welche Merkmalsgruppen von der Gesamtheit der Befragten deutlich abweichen. Sie basiert auf den am häufigsten genannten Prioritätsstufen und den arithmetischen Mitteln, wobei nur solche Gruppen aufgelistet sind, die gemäss beiden Kriterien abweichen.

- Schwerverkehrssteuer: tiefere Priorität: Romands, LdU-Sympathisanten
- Autobahnvignette: tiefere Priorität: Romands, SP-Sympathisanten, politisch schwach Integrierte
- Tunnelgebühren: tiefere Priorität: Romands, SP-Sympathisanten, Männer, Absolventen von Gym. u. Tech.
- Bankkundensteuer: höhere Priorität: Romands, SP-Sympathisanten, Männer
- Treibstoffzollzuschlag: höhere Priorität: Absolventen von Gym. u. Tech.

Nachdem wir gesehen haben, dass die Schwerverkehrssteuer an der Spitze steht, wollen wir abklären, welche Variante bevorzugt wird. Bekanntlich stehen sich in der parlamentarischen Diskussion zwei Alternativen gegenüber, die sich bezüglich des möglichen Ertrags beträchtlich unterscheiden. Eine nationalrätliche Version brächte jährlich etwa 150 Millionen ein, eine bundesrätliche dagegen jährlich etwa 350 Millionen. Zwischen diesen zwei Möglichkeiten konnten die Interviewten wählen. Tabelle 6 enthält die Antworten. Da sich auch hier der grösste Unterschied beim Merkmal Sprachgruppenzugehörigkeit einstellte, sind die Resultate wieder zusätzlich nach diesem Merkmal differenziert. Die Gesamtheit der Befragten äussert sich eher für die einträglichere Variante, aber nicht derart klar, dass man sagen könnte, diese sei unbestritten. Nur bei den Deutschschweizern gibt es eine Mehrheit für die eine (die bundesrätliche) Alternative. Die Westschweizer haben dagegen keine eindeutige Präferenz; liegen doch bei ihnen die zwei Möglichkeiten nur um zwei Prozentpunkte auseinander. Überdies konnten sich 45 Prozent der Romands für keine der beiden Varianten entschliessen. Bei diesen handelt es sich vornehmlich um solche, die der Schwerverkehrssteuer ohnehin eine tiefe Priorität zuordnen.

Tabelle 6 Welche Schwerverkehrsabgabe

Frage	Total Nennungen in %	deutsche Schweiz Nennungen in %	Westschweiz Nennungen in %
<p>“Noch eine Frage zur Schwerverkehrsabgabe. Dazu gibt es ja zwei Varianten. Die Variante der nationalrätlichen Kommission Nebiker sieht eine Pauschalabgabe nach dem <i>Gewicht</i> der Lastwagen vor, die dem Bund jährlich etwa 150 Millionen einbrächte. Die bundesrätliche Variante hingegen würde nicht nur das <i>Gewicht</i>, sondern <i>auch</i> die jährliche <i>Kilometerleistung</i> der Lastwagen besteuern und dem Bund etwa 350 Millionen einbringen (genauerer Kostenanteil an der Strassenrechnung), dies allerdings etwas später.</p> <p>Welche Variante finden Sie besser?”</p>			
– Nur Gewicht (Nebiker / 150 Mio. Ertrag)	32	33	28
– Gewicht plus Kilometer (Bundesrat / 350 Mio. Ertrag später)	46	53	26
– keine Meinung	22	14	45

Tabelle 7 Ansichten zu Sparmöglichkeiten bei der Landwirtschaft

Ansichten	Total				
	1	2	3	4	5
A Das Landwirtschaftsgesetz sollte so revidiert werden, dass sich die Subventionen neu nach Fläche und Hanglage richten würden. Damit kann die Preissteigerung für Milchprodukte in Schranken gehalten werden (weniger grosse Milchschwemme).	41	25	9	11	14
B Die Milchprodukte werden auch deshalb stets teurer, weil der Bauer einen stets steigenden Paritätslohn erhält, der hauptsächlich den Talbauern ein höheres Einkommen schafft (bessere Entschädigung der Samstagarbeit, Verdoppelung des Sonntagszuschlags, 4 Wochen bezahlte Ferien etc.). In Anbetracht der Tatsache, dass der Bauer als Bodeneigentümer ohnehin bevorzugt ist, sollte man hier <i>sparen</i> .	22	22	19	19	18

1 = voll einverstanden
 2 = einigermaßen einverstanden
 3 = eher nicht einverstanden
 4 = überhaupt nicht einverstanden
 5 = keine Meinung

Nennungen in Prozenten

Auch zu Sanierungsmöglichkeiten auf der *Ausgabenseite* stellten wir einige Fragen. So wollten wir z.B. einmal die Tabuzone Landwirtschaftssubventionen etwas erhehlen. Dazu legten wir den Leuten zwei Ansichten vor, mit denen sie sich wiederum "voll einverstanden", "einigermassen einverstanden", "eher nicht einverstanden" oder "überhaupt nicht einverstanden" erklären konnten. Dass die Einkommenslage je nach Eigentumsverhältnissen (ca. 40% Pächter!) sehr unterschiedlich ist, konnte leider nicht berücksichtigt werden. Tabelle 7 enthält diese zwei Statements sowie die Antworten darauf. Mit der ersten Frage, die sich eher allgemein auf das Landwirtschaftsgesetz bzw. eine konkrete Revisionsmöglichkeit desselben bezieht, ist eine Mehrheit (41% voll, 25% einigermassen) einverstanden. Dem müssen wir allerdings beifügen, dass dieses Resultat nicht überrascht, denn aus der Frage geht nicht hervor, wer allenfalls benachteiligt würde, sondern es werden nur positive Auswirkungen in Aussicht gestellt (Eindämmung der Preissteigerungen). Die zweite Frage bezog sich spezifisch auf den Paritätslohn. Ob der Bund bei diesem sparen solle, ist, wie die etwa gleichmässige Verteilung der Antworten auf die vier Antwortkategorien zeigt, *umstritten*. Nennenswert ist zudem die Tatsache, dass 18 Prozent der Befragten zu dieser doch zentralen Frage unserer Landwirtschaftspolitik keine Meinung haben. Abweichende – hier in dem Sinne verstanden, dass eine eindeutige Meinung in der einen oder andern Richtung vorhanden ist – Gruppen sind:

- mehrheitlich für Sparen beim Paritätslohn: Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte, politisch hoch integrierte, Absolventen von Gym. u. Tech.
- mehrheitlich gegen Sparen beim Paritätslohn: Landwirte, SVP-Sympathisanten

Ausser in diesen Gruppen ist die Frage des Paritätslohns auch innerhalb der einzelnen Merkmalsgruppen umstritten.

Ein weiterer Fragenkomplex dreht sich um die Eisenbahn (SBB und Privatbahnen). Auch dazu haben wir den Interviewten Ansichten vorgelegt, zu denen sie sich mit denselben Antwortkategorien äussern konnten. Tabelle 8 enthält die Fragen und Antworten. Die Aufhebung unrentabler Nebenlinien kommt für die überwiegende Mehrheit nicht in Frage. Die Antworten auf diese Frage sind so homogen, dass von allen Merkmalsgruppen eine Mehrheit die Antwortkategorie "überhaupt nicht einverstanden" wählte. Auch die Antworten zum zweiten Statement sind einheitlich. Es besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass die Eisenbahndefizite als Versicherung für eine mögliche Zeit ohne Erdöl in Kauf genommen werden müssen.

Nicht so eindeutig fallen die Resultate hingegen beim dritten Statement (C) aus. Dieses setzt sich nun nicht mehr allein mit den Bahnen auseinander, sondern setzt diese dem Strassenverkehr gegenüber. Zwar sind – von der Gesamtheit der Befragten – 62% voll oder einigermassen damit einverstanden, die SBB durch eine massive Schwerverkehrssteuer vom Konkurrenzdruck durch die Strasse zu entlasten, doch wird hier der oben festgestellte allgemeine Konsens durchlöchert. Was uns aus den Tabellen 5 und 6 bereits bekannt ist, bestätigt sich auch hier: In der Westschweiz stösst die zusätzliche Belastung des Strassenverkehrs generell, wie auch zugunsten der SBB, auf Widerstand. Nicht nur sind die Romands – nebst den Gegnern der Finanzordnung – die einzigen, bei denen die Antwortkategorien 1 und 2

zusammen weniger als 50% ausmachen. Darüberhinaus haben, wie schon in Tabelle 6, überdurchschnittlich viele von ihnen, nämlich jeder Fünfte, keine Meinung zur Frage.

Tabelle 8 Ansichten zu den Defizitverursachern SBB und Privatbahnen

Ansichten	Total				
	1	2	3	4	5
A Man sollte bei den Bahnen nur noch die Hauptlinien aufrechterhalten und die unrentablen Nebenlinien einstellen.	5	8	17	66	4
B Wir müssen die Defizite der Bahnen als Versicherung gegen das Versiegen des Erdöls in Kauf nehmen. Wenn es einmal kein Benzin mehr geben wird, werden wir wieder froh sein über die Bahnen.	49	29	9	6	7
C Man sollte eine massive Schwerverkehrssteuer einführen, damit die SBB der Strasse gegenüber wieder konkurrenzfähiger wird.	41	21	14	17	8

1 = voll einverstanden

2 = einigermaßen einverstanden

3 = eher nicht einverstanden

4 = überhaupt nicht einverstanden

5 = keine Meinung

} Nennungen in Prozenten

Wie stellen sich die Interviewten zur Frage, ob der Bund bei den Beamtenlöhnen sparen soll? In einer entsprechenden Frage gaben wir ihnen drei Antwortmöglichkeiten vor. Diese wie auch das relative Gewicht der Antworten sind in Tabelle 9 enthalten. Wie eigentlich zu erwarten war, "setzte" die Mehrheit auf die mittlere Variante. Alle einzelnen Merkmalsgruppen taten dasselbe. Das Einverständnis zu einer Kürzung des Teuerungsausgleichs für die oberen Lohnklassen bestätigt den vom Bund mit der diesjährigen Reallohnerhöhung bereits eingeschlagenen Trend.

Tabelle 9 Sparen und Beamtenlöhne (Teuerungsausgleich)

Frage	Nennungen in %
"Es gibt Leute, die sagen, der Bund solle auch <i>bei den Beamtenlöhnen sparen</i> , und zwar beim <i>Teuerungsausgleich</i> . Er könnte z.B. den Teuerungsausgleich für alle Beamten nicht voll gewähren oder zumindest den obersten Lohnklassen den Teuerungsausgleich voll oder ganz vorenthalten. Was meinen Sie dazu? Soll der Bund allen Beamten den Teuerungsausgleich kürzen, nur den obersten Lohnklassen den Teuerungsausgleich kürzen oder überhaupt nicht bei den Beamtenlöhnen sparen?"	
- Bei allen Beamten den Teuerungsausgleich kürzen	16
- Nur den obersten Lohnklassen den Teuerungsausgleich kürzen	64
- Bei den Beamtenlöhnen überhaupt nicht sparen	13
- keine Meinung	7

Tabelle 10 Ausgleich der kalten Progression

Frage	Nennungen in %
<p>“Durch den Teuerungsausgleich rutschen einzelne Steuerzahler in eine höhere Steuerklasse, ohne effektiv mehr zu verdienen. Man nennt das die <i>kalte Progression</i>. Durch die Vorlage vom letzten/vorletzten Wochenende wurde diese kalte Progression nicht ganz ausgeglichen. Was meinen Sie . . . sollte man die kalte Progression ganz ausgleichen, auch wenn damit der Bund ein grösseres Defizit erleidet, oder genügt ein teilweiser Ausgleich?”</p>	
– teilweiser Ausgleich der kalten Progression genügt	47
– kalte Progression sollte voll ausgeglichen werden	30
– keine Meinung	23

Ebenfalls mit der Teuerung steht die kalte Progression, um die es in einer weiteren Frage geht, in Zusammenhang. Da die erneuerte Finanzordnung die kalte Progression nur teilweise ausgleicht, wollten wir wissen, wie rigide die Forderungen der Befragten in dieser Hinsicht angesichts der Defizite der öffentlichen Hand sind. Tabelle 10 bringt die genaue Frage und das relative Gewicht der möglichen Antworten. Mit 47% ist fast die Hälfte der Befragten mit einem bloss teilweisen Ausgleich der kalten Progression zufrieden. Immerhin 30% wollen dagegen den vollen Ausgleich trotz Bundesdefiziten. Bei allen Merkmalsgruppen ausser bei den unteren Bildungsschichten ist der teilweise Ausgleich die relativ am meisten genannte Antwortkategorie. Erstaunlicherweise haben auch bei dieser Frage 40% der Westschweizer keine Meinung.

Steuervorlagen kommen aus zwei Gründen zur Volksabstimmung: Erstens muss jeweils die Verfassung geändert werden, was ein obligatorisches Referendum induziert. Dies wird jeweils auch deshalb nötig, weil die entsprechenden Verfassungsartikel immer wieder (Ausnahme: die zwei MWST-Versuche) befristet sind. Wir wollten einmal wissen, wie die Leute zur Praxis der Befristung von Finanzordnungen stehen und stellten eine entsprechende Frage. Wie Tabelle 11 zeigt, fielen die Antworten eindeutig aus:

Tabelle 11 Befristung der Bundesfinanzordnung

Frage	Nennungen in %
<p>“Sind Sie einverstanden damit, dass man die <i>Bundesfinanzordnung</i> immer wieder <i>befristet</i> (z.B. jetzt auf 12 Jahre, also bis 1994) oder sind Sie der Ansicht, man sollte das, was unbestritten ist, dauernd in der Verfassung verankern?”</p>	
– bin für Befristung	81
– bin für dauerhafte Lösung	12
– keine Meinung	7

4 von 5 Befragten sprechen sich für die Befristung von Finanzordnungen aus. Etwas überdurchschnittliche Antworten zugunsten einer dauerhaften Lösung gaben nur SP-Anhänger (19%) und politisch hoch Integrierte (18%), doch war auch von diesen Gruppen die Mehrheit für die Befristung. Diese Dimension war für den Entscheid zur hier untersuchten Finanzabstimmung jedoch kaum relevant. Gegner und Befürworter unterscheiden sich nämlich bezüglich dieser Frage nicht signifikant. Die Befristung ist somit notwendig, aber nicht hinreichend für die Annahme einer Steuervorlage, also eine Art Vorbedingung dafür, dass man eine solche überhaupt prüft.

4) Beachtung und Einschätzung des Bundesbüechli

Wir können an dieser Stelle zwar nicht den Stellenwert der amtlichen Informationsbroschüre als Entscheidungshilfe klären, doch versuchen wir, das bestehende bzw. fehlende Verhältnis der Befragten zum Bundesbüechli auszuleuchten. Dieses wird zwar allen Stimmberechtigten vor der Abstimmung zugestellt, aber lange nicht von allen gelesen. Wir wollten nun wissen, wie viele der von uns Befragten diese Erläuterungen im allgemeinen und speziell jene der Abstimmung vom 29. November 1981 lesen bzw. gelesen haben. Diese Angaben erfährt man aus Tabelle 12. Mit 54% sind es etwas mehr als die Hälfte der Befragten, die sie regelmässig oder meistens lesen. Diese Zahlen entsprechen etwa denen der zweiten Frage, die nur die Lektüre der Broschüre vom 29. November 1981 betraf: Dort sagten 53% der Befragten, sie hätten diese ganz oder teilweise gelesen, 43% überhaupt nicht. In Tabelle 12 haben wir zusätzlich die Antworten nach jenen Merkmalen differenziert aufgeführt, die signifikante (bei beiden Fragen Signifikanzniveau 0.001 bei Chi-Quadrat-Test) Abweichungen hervorriefen. Wir können dazu festhalten, dass jene Gruppen, die das Bundesbüechli nur unterdurchschnittlich lesen, also die Jungen, die Frauen und die politisch schwach Integrierten auch eine unterdurchschnittliche Stimmbeteiligung aufweisen, was sich in den Unterschieden beim Merkmal Urnengang niederschlägt.

Wir wollten auch wissen, wie lange die amtliche Informationsbroschüre studiert wird. 52% derjenigen Interviewten, die angegeben hatten, diejenige der letzten Abstimmung gelesen zu haben, widmeten ihr zwischen 1 und 20 Minuten, 34% lasen sie länger, 14% gaben 0 Minuten an, obwohl sie vorher gesagt hatten, die Broschüre zumindest teilweise gelesen zu haben.

Interessant ist ein Vergleich der Leserquote im Zeitablauf. Wir hatten nämlich schon im Jahre 1978 nach der Lektüre dieser offiziellen Entscheidungshilfe gefragt³. Fassen wir die Antworten von damals und heute zusammen, dann können wir sagen, dass zwischen 38% und 53% aller Befragten jeweils das Bundesbüechli gelesen haben wollen. Ob der Trend steigend ist, können wir aus unseren Daten nicht sa-

3 Vgl. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung v. 28. Mai 1978, S. 15f.

Tabelle 12 Beachtungswert des Bundesbüchli

Frage	Total	Urnengang		Polit. Integr.			Geschlecht		Alter		
		Ja	Nein	tief	mittel	hoch	Männer	Frauen	20-39j.	40-64j.	65-84j.
<p>Jeder Stimmbürger und jede Stimmbürgerin erhalten einige Wochen vor den eidg. Abstimmungen per Post eine Broschüre mit den Texten der Bundesbeschlüsse und Gesetze, über die abgestimmt wird. In dieser Broschüre werden die einzelnen Vorlagen kurz erläutert.</p> <p><i>Wie lesen Sie diese Broschüre vor dem Urnengang?</i></p>		Nennungen in Prozenten									
– regelmässig	23	34	14	8	23	41	29	17	18	23	36
– meistens	31	36	27	16	35	36	31	30	29	34	27
– selten / ausnahmsweise	27	21	32	35	28	17	27	28	31	27	21
– nie	15	8	21	28	13	6	10	20	17	14	13
– keine Ahnung	4	2	6	13	2	1	3	5	6	3	3
<p>“Wie ausführlich haben Sie die Broschüre vor der Abstimmung vom 29. November 1981 gelesen?”</p>											
– ganz	20	32	10	6	20	38	26	14	16	22	26
– teilweise	33	40	27	22	37	36	30	36	29	37	33
– überhaupt nicht	43	25	59	63	41	24	39	47	50	39	47
– keine Antwort	4	3	5	10	3	1	5	3	5	3	5
<p>FALLS “ganz” ODER “teilweise gelesen”: <i>“Wie lange, wieviele Minuten haben Sie etwa dieses Bundesbüchli studiert?”</i></p>											
– 0 Minuten	14										
– 1 – 10 Minuten	22										
– 11 – 20 Minuten	30										
– 21 – 30 Minuten	16										
– 31 – 45 Minuten	3										
– 46 – 60 Minuten	9										
– 61 – 120 Minuten	4										
– mehr als 120 Minuten	2										

gen, weil wir die Frage zwischen September 1978 und November 1981 nie gestellt haben. Wir stellen aber fest, dass nie mehr als zwei Drittel der *Urnengänger* die Broschüre gelesen haben.

Tabelle 13 zeigt uns, wie *die Leser* das Heftchen einschätzen. Wir legten diesen 5 Ansichten vor, bei denen die vier bekannten Antwortkategorien möglich waren. Ein erster Blick auf die Antworten hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck: Mit den sich widersprechenden Ansichten C und D ist jeweils eine Mehrheit der befragten Leser einverstanden. Es stellte sich heraus, dass 50% von ihnen mit beiden Statements mindestens einigermaßen einverstanden sind. Wir sind diesem ambivalenten Ergebnis weiter nachgegangen und interpretieren es wie folgt: Wir meinen, dass Frage C von vielen Befragten nicht in der Weise verstanden wurde, wie wir dies erwarteten: So scheinen sie den Begriff "sachlich" z.T. mit Verständlichkeit und klarer Darstellung gleichgesetzt zu haben. Die Antworten auf die Ansichten A, B und C korrelieren nämlich untereinander. Wenn der Leser die Broschüre verstehen kann, wenn er die Darstellung klar findet, dann stuft er sie auch als "sachlich" ein.

Tabelle 13 Einschätzung des Bundesbüchli

Ansichten	Total				
	1	2	3	4	5
A Das Bundesbüchli ist so abgefasst, dass ich es voll und ganz verstehen kann.	34	40	18	5	3
B Die Darstellung (Grafiken, Zwischentitel, Farben, Fettdruck) erleichtert das Verstehen dieser Broschüre.	47	37	7	2	6
C Das Bundesbüchli ist so sachlich abgefasst, dass selbst ein Gegner der Vorlage zugeben muss, er werde unparteiisch orientiert.	35	31	18	5	11
D Im Bundesbüchli finde ich vor allem die Meinung des Bundesrates.	53	24	11	5	7
E Das meiste, was im Bundesbüchli steht, war für mich neu, hätte ich sonst nicht gewusst.	17	27	26	25	5

1 = voll einverstanden
 2 = einigermaßen einverstanden
 3 = eher nicht einverstanden
 4 = überhaupt nicht einverstanden
 5 = keine Meinung

Nennungen in Prozenten

Trotz dieser etwas ambivalenten Antworten lässt sich also festhalten, dass der Inhalt des Bundesbüchli weitgehend mit der Meinung des Bundesrates gleichgesetzt wird, kommen doch bei Statement D die klarsten Antworten zustande (53% voll einverstanden). Eine vermehrte Berücksichtigung oppositioneller Standpunkte könnte dem nicht nur abhelfen, sondern auch den Beitrag der Broschüre zur Entscheidungsfindung erhöhen. Dies schliessen wir auch daraus, dass eine knappe Mehrheit der Leser angab, durch die Lektüre nichts Neues erfahren zu haben. Ja es ist sogar so, dass diejenigen, die es ganz gelesen haben, weniger Informationsgewinn daraus zogen als jene, die es nur teilweise gelesen haben.

Und nun zu jenen, die das Bundesbüechli *nicht gelesen* haben. Wir fragten sie in einer offenen Frage, wieso sie dies nicht getan hätten. Tabelle 14 hält die Antworten auf zwei Niveaus (grob und fein) fest, und zwar für die Gesamtheit der Nicht-Leser sowie für die Urnengänger und Nicht-Urnengänger. Es ist klar, dass das insgesamt am meisten genannte Motiv, das mangelnde Interesse (an der Politik), v.a. von den Nicht-Urnengängern genannt wurde. Es ist ein allgemeines Abstinenzmotiv, das durch eine Verbesserung des Bundesbüechli (allein) kaum in den Griff zu bekommen ist. 17% der Nichtleser gaben an, sie hätten "keine Zeit" zur Lektüre gehabt. Weitere Antwortkategorien drehen sich eher um Qualitäten der Broschüre im Entscheidungsprozess des Stimmenden und wurden dementsprechend vornehmlich von Urnengängern genannt. 51% der Urnengänger, die das Bundesbüechli nicht lesen, haben sonst genug Informationsquellen oder finden dieses schlecht, weil zu kompliziert.

Tabelle 14 Warum Bundesbüechli nicht gelesen?

Antwortkategorien <i>grob</i> /fein	Total	Urnengänger	Nicht-Urnengänger
	Nennungen in Prozenten		
● <i>kein Interesse</i>	27	8	37
– kein Interesse für Politik	19		
– lese es nur, wenn mich Vorlage interessiert	5		
– gehe selten/nie zu Abstimmungen	3		
● <i>keine Zeit</i>	17	19	16
● <i>Bundesbüechli überflüssig</i>	17	26	14
– sonst gut informiert	7		
– lese es in den Zeitungen/orientiere mich an Radio/TV	7		
– eigene Meinung	1		
– erscheint zu spät/Meinung vorher gebildet	2		
● <i>Bundesbüechli schlecht</i>	16	25	12
– schwer verständlich/kompliziert	14		
– gibt nur Meinung des Bundes(rates)/einseitig	2		
● <i>Bundesbüechli nicht zur Verfügung</i>	1	–	2
– nicht erhalten/weggeworfen	1		
● <i>anderes</i>	6	5	6
● <i>undifferenziert/weiss nicht</i>	16	17	14

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 29. Nov. 1981

Zusammenfassung

Die *Zustimmung zur Finanzordnung war nicht nur hoch, sondern auch homogen*. Einzig die politisch schwach Integrierten fallen aus dem Rahmen des einheitlichen Stimmverhaltens: Sie haben die Vorlage nur knapp angenommen. Nebst dem Merkmal politische Integration hat gemäss unserer Stichprobe auch die Sprachgruppenzugehörigkeit das Stimmverhalten signifikant beeinflusst, und zwar in dem Sinne, dass die Westschweizer eine geringere Zustimmung aufweisen als die Deutschschweizer. Dieses Ergebnis muss allerdings etwas relativiert werden, denn wir folgern aus einer Gegenüberstellung mit den kantonalen Abstimmungsergebnissen, dass die Romands eine geringere Tendenz haben, ihre Angaben anlässlich der Nachbefragung dem "Sieger" anzupassen.

Die *Entscheidungsmotive* sind bei Finanzabstimmungen, die nichts wesentlich Neues bringen, jeweils sehr ähnlich. Es werden vor allem folgende Stereotypen genannt: Die *Befürworter* sagen, *der Bund brauche Geld oder die Bundesfinanzen müssten saniert werden*. *Etwa die Hälfte der Gegner stimmte deshalb Nein, weil sie weiterhin das Motto "Sparen vor mehr Steuern" hochhalten*, während etwa ein Viertel von ihnen das *"linke Nein" repräsentieren*. Diese finden die WUST-Erhöhung unsozial, wollen explizit bei der Armee sparen oder das Geld bei Reichen, Banken und Steuerhinterziehern holen.

Aussagekräftiger als die *Entscheidungsmotive* sind die Antworten der Interviewten auf einige Fragen zum Problem der Bundesfinanzen. Eine Frage über mögliche neue Steuern/Steuererhöhungen zeigt, *dass die fiskalische Belastung des Strassenverkehrs am populärsten ist*: 73% der Befragten sind voll oder einigermaßen damit einverstanden, dass der Bund bei diesem "mehr Geld holt". Auch mit Steuererhöhungen für juristische Personen, nämlich Genossenschaften, Banken und Versicherungen sowie Industrie- und Handelsunternehmungen ist jeweils eine Mehrheit voll oder einigermaßen einverstanden. Zwei Drittel der Interviewten sind dagegen mit einer Wehrsteuer-Erhöhung für natürliche Personen überhaupt nicht einverstanden. Wir wollten weiter wissen, wie die Präferenzen im Bereich der Strassenverkehrsabgaben liegen. In einer Liste, die wir den Befragten zu diesem Zweck vorlegten, waren vier solche Steuerarten und die Bankkundensteuer enthalten. *Die Schwerverkehrssteuer erwies sich als die populärste dieser fünf Möglichkeiten*. *Es folgen die Autobahnvignette, die Tunnelgebühren, die Bankkundensteuer sowie die Beibehaltung des Treibstoffzollzuschlags* auch wenn die Autobahnen bezahlt sind, in dieser Reihenfolge. Dabei sind vor allem die Autobahnvignette, die Tunnelgebühren und die Bankkundensteuer umstritten. Wie schon vor Jahresfrist zeigte sich, *wie unbeliebt*

die fiskalische Belastung des Strassenverkehrs in der Romandie ist. Ebenfalls die SP-Sympathisanten haben deutlich abweichende Präferenzen: Sie setzen, wie die Westschweizer, die Bankkundensteuer an die erste Stelle. Zu den zwei möglichen Varianten einer Schwerverkehrsabgabe äussern sich die Befragten nicht derart klar, dass gesagt werden könnte, die einträglichere von beiden, die mehr Nennungen auf sich vereinigt, werde unbestritten bevorzugt.

Die Interviewten mussten sich auch zu Sanierungsmöglichkeiten auf der *Ausgaben-*seite äussern. *Im Bereich der Ausgaben für die Landwirtschaft ist die Frage umstritten, ob der Bund beim Paritätslohn für die Bauern sparen soll. Eine Aufhebung unrentabler Nebenlinien im Bereich der Defizitverursacher Eisenbahnen kommt für die Interviewten nicht in Frage.* Die Defizite der Bahnen werden als Versicherung für eine mögliche Zeit ohne Erdöl in Kauf genommen. *Setzt man hingegen die Eisenbahnen dem Strassenverkehr gegenüber, dann fallen die Antworten nicht mehr so eindeutig aus: Eine massive Schwerverkehrssteuer zugunsten der Konkurrenzfähigkeit der SBB wird zwar, bezogen auf die Gesamtheit der Befragten, von 62% voll oder einigermaßen gutgeheissen.* Doch sind die Westschweizer nebst den Gegnern der Finanzordnung damit nicht einverstanden. Dies bestätigt den bereits oben festgestellten Widerstand der Romands gegen die stärkere fiskalische Belastung des Strassenverkehrs. In der Frage, ob der Bund auch bei den Beamtenlöhnen sparen solle, ist die Mehrheit der Befragten für einen Mittelweg, nämlich die Kürzung des Teuerungsausgleichs für die obersten Lohnklassen.

Kommen wir schliesslich zurück zu den Steuern: 47% der Interviewten begnügen sich mit einem teilweisen Ausgleich der kalten Progression, wie ihn die angenommene Finanzordnung beinhaltet, 30% wünschen dagegen den vollen Ausgleich.

Die amtliche Informationsbroschüre, die alle Stimmberechtigten vor jeder Abstimmung zugestellt erhalten, wird jeweils von 38% bis 53% aller Befragten gelesen. Von den Urnengängern sind es nie mehr als zwei Drittel, die das Bundesbüchli lesen. Die Leser qualifizieren es als *verständlich und klar aufgebaut, sehen in ihm aber vor allem die Meinung des Bundesrates vertreten.* Eine knappe Mehrheit von ihnen *findet darin eigentlich nichts Neues*, was man sonst nicht gewusst hätte. Eine vermehrte Berücksichtigung oppositioneller Standpunkte könnte dem abhelfen und den Beitrag der Broschüre zur Entscheidungsfindung erhöhen. Die *Nicht-Leser, die an der Urne gewesen sind*, lesen sie vor allem deshalb nicht, weil sie sie *überflüssig* – sie informieren sich anderweitig – *oder schlecht* – weil schwer verständlich – finden. Jene, *die weder an der Abstimmung teilgenommen noch das Bundesbüchli gelesen haben*, haben vor allem *kein Interesse an der Politik oder keine Zeit* für die Lektüre.

Analyse de la votation fédérale du 29 nov. 1981

Récapitulation des résultats principaux

Le régime financier n'a pas seulement recueilli l'approbation quasi unanime des personnes interrogées, mais le sondage révèle encore une homogénéité dans la répartition des avis favorables. Seules les personnes faiblement intégrées au système politique échappent à cette tendance générale. Ils n'ont accepté le projet qu'à une faible majorité. Mis à part le degré d'intégration, l'appartenance à un groupe linguistique a également influencé l'attitude électorale. Ainsi les Romands ont été moins enclins à ratifier le projet que les Alémaniques. Cette affirmation doit cependant être nuancée. Les résultats cantonaux du scrutin montrent en effet que les Romands avaient moins tendance à changer d'avis par rapport à la votation fédérale que les Alémaniques.

Les motifs formulés lors des consultations fédérales sur les finances ont chaque fois été pratiquement semblables dans la mesure où ces scrutins n'apportaient en soi rien de fondamentalement nouveau. *Les personnes interrogées* se sont référées avant tout aux stéréotypes suivants: *la Confédération a besoin d'argent ou les finances fédérales devraient être assainies. Parmi les réfractaires, environ la moitié a suivi le mot d'ordre «économiser avant d'augmenter les impôts» et un quart s'est rallié à l'opposition de la gauche.* Ces personnes ont estimé qu'une augmentation de l'ICHA n'est pas une mesure sociale. Elles souhaiteraient plutôt des économies dans le domaine de l'armée, une imposition plus forte des gros contribuables et des banques ou une réglementation plus sévère de la fraude fiscale.

Les réponses données par les interviewés à certaines questions portant sur les finances fédérales sont plus révélatrices que les motifs exprimés. Ainsi les réponses à une question portant sur l'introduction de nouveaux impôts/augmentation des impôts indiquent que *l'imposition du trafic routier est l'impôt le plus populaire.* 73% des personnes interrogées sont entièrement ou en partie favorables à ce que la Confédération se procure de nouvelles recettes dans ce domaine. Une majorité est également pour une imposition plus substantielle de certaines personnes morales, comme les coopératives, les banques, les assurances ou les établissements industriels ou commerciaux. Deux tiers sont, en revanche, opposés à une augmentation de l'impôt fédéral direct. Nous désirions par la suite en savoir plus sur les préférences en matière d'imposition du trafic routier et de voir comment elles se répartissaient. Nous avons donc soumis aux participants à notre sondage une liste où figuraient quatre sortes d'impôts, avec en plus l'impôt anticipé sur les intérêts des avoirs fiduciaires des banques. *Sur ces cinq propositions, l'imposition du trafic lourd s'est avérée être l'impôt le plus populaire. Suivent ensuite dans l'ordre la vignette auto-*

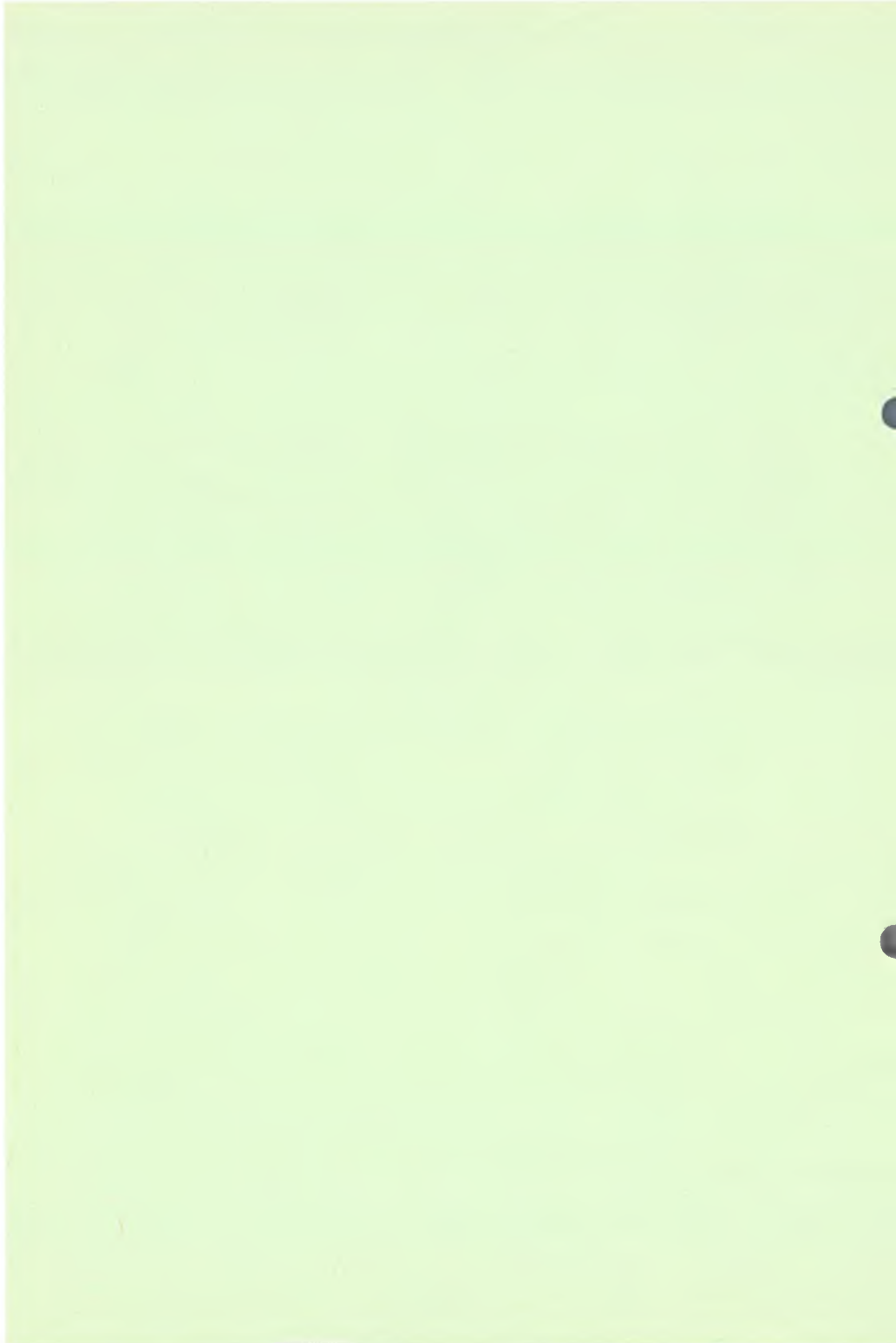
routière, l'imposition du transit par les tunnels alpins, l'impôt anticipé sur les intérêts des avoirs fiduciaires des banques et enfin le maintien de la surtaxe douanière sur les carburants, même dans le cas où les autoroutes seront payées. Toutefois, la vignette autoroutière, le transit par les tunnels alpins et l'impôt anticipé sur les intérêts des avoirs fiduciaires des banques sont les impôts les plus controversés. Comme nous l'avons déjà mis en évidence ailleurs, *l'imposition du trafic routier n'est guère populaire en Suisse romande*. Les sympathisants du PSS ont également des préférences différentes. Tout comme les Romands, ils situent en tête de liste l'impôt anticipé sur les intérêts des avoirs fiduciaires des banques. A propos de l'imposition du trafic lourd et de ses deux variantes, les personnes interrogées ne se sont pas clairement prononcées. Tout ce que l'on peut dire, est que la solution la plus bénéfique pour la Confédération a été le plus souvent mentionnée.

Les personnes interrogées se sont également exprimées sur les possibilités d'assainissement et plus particulièrement sur les mesures d'économie. *A propos des dépenses consenties à l'agriculture, la question de savoir si la Confédération doit faire des économies au détriment de la parité dans les revenus des paysans est controversée. Pour ce qui est de la suppression de certaines lignes de chemin de fer secondaires dans le but d'alléger quelque peu le déficit des CFF, les interviewés se sont clairement exprimés contre*, préférant de loin supporter un tel fardeau que d'être paralysés par une pénurie de pétrole possible. Si l'on met en relation les chemins de fer et le trafic routier, les réponses données ne sont plus aussi significatives. 62% sont favorables ou en partie à une imposition massive du trafic lourd routier pour améliorer la capacité concurrentielle des CFF. Les Romands et les opposants au régime financier ne sont, toutefois, pas d'accord. Cette attitude confirme ce que nous avons mentionné précédemment, à savoir que les Romands sont réfractaires à une imposition plus forte du trafic routier. A la question de savoir si la Confédération devait aussi économiser sur les salaires des fonctionnaires, la majorité s'est prononcée pour une voie moyenne, soit une diminution de la compensation de renchérissement pour les classes supérieures.

Dans le domaine des impôts, 47% des personnes interrogées se contenteraient d'une compensation partielle de la progression à froid comme le prévoit du reste le projet de loi. En revanche, 30% seraient pour une compensation intégrale.

La brochure officielle d'informations que chaque électeur reçoit est lue par 38 à 53% des interviewés. Parmi les électeurs, seuls les deux tiers environ la lisent. Aux yeux des lecteurs son contenu est compréhensible et bien présenté, quoique ils y voient avant tout exprimé l'avis du gouvernement. Pour une faible majorité la brochure ne contenait rien de nouveau. Si l'opposition pouvait y développer son augmentation, la brochure serait vraisemblablement plus significative dans l'esprit de l'électorat. Ceux qui ne l'ont pas lue, mais qui ont malgré tout pris part au scrutin, l'ont trouvée ou superflue parce qu'ils recourent à d'autres sources d'informations ou mauvaise parce que peu compréhensible. Enfin, ceux qui n'ont ni lu la brochure ni été votés n'ont soit pas d'intérêt pour la politique soit pas le temps pour la lire.







PP
8001 Zürich

Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie, Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200–400 Franken:

Firmen/Verbände: Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Basel-land / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz



Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet